

2. 11. 1917

71

### Neue Gedanken in der Lebensmittelversorgung.

Der Präsident des deutschen Kriegsernährungsamtes hat an sämtliche Bundesregierungen nachstehendes Rundschreiben gerichtet, das die Erfahrungen des Amtes zusammenfaßt und wertvolle Aufschlüsse über die Absichten des Leiters des deutschen Ernährungsdienstes gibt. Während wir noch mit der Verteilung der letzten Ernte ringen und vor „Organisation“ nicht weiterkommen — über die Natur dieser Hemmungen wird seinerzeit noch viel zu sprechen sein — beschäftigt sich das deutsche Amt schon heute mit den Aufgaben des neuen Erntejahres, das das deutsche Volk in der Versorgung mit Lebensmitteln vor neuen schwierigen Aufgaben stellen wird. Auch die Beendigung des Krieges, betont Datocki mit Recht, wird daran zunächst wenig ändern, da die Knappheit an Lebensmitteln den ganzen Weltmarkt offensteht, schon jetzt für die wichtigsten Waren zum Teil weit höhere Preise, als sie in Deutschland gelten, hervorgerufen hat.

In den Vordergrund stellt das Amt zwar die Förderung der Erzeugung. Aber solange der Krieg Mangel an Arbeitskräften, Düngemitteln, Kunstdüngern, Kraftfutter und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln sowie an Verkehrsmitteln hervorruft, muß sie leider an enge Grenzen gebunden bleiben. Die folgenden Aufgaben will das Amt Ende Jänner dem Beirat des Kriegsernährungsamtes unterbreiten, wobei es für besonders wertvoll hält, wenn die Organisation der Bedarfsgemeinden die Frage schon vorher eingehend prüfen und das Ergebnis als Beratungsgrundlage mitteilen würde.

Vor allem wird die Zufuhr in die Städte und Industriebezirke sorgsamster Fürsorge bedürfen. Bisher hat man die Fürsorge im wesentlichen auf Festsetzung von Höchstpreisen, Beschlagnahme und öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel beschränkt. Bei wenig verderblichen Waren wie Brotgetreide, Hafer, Gerste und den aus Getreide hergestellten Nahrungsmitteln ist das durchführbar. Bei leicht verderblichen Massenbedarfsgegenständen wie Kartoffeln, Fleisch, Butter und Milch ist die Schwierigkeit zentraler Bewirtschaftung weit größer. Sie muß aber durch immer besseren Ausbau der Organisation überwunden werden. Bei einzelnen anderen Waren wie zum Beispiel Fischen und Käse wird die zentrale Bewirtschaftung in angepasster Form versucht werden müssen.

Weitere Lebensmittel einziehen sich dagegen der Bewirtschaftung durch die Zentralstellen. Die Versuche, sie durch Höchstpreise allein den Minderbemittelten zugänglich zu machen, sind gescheitert. Der Höchstpreis ohne gleichzeitige öffentliche Bewirtschaftung hält die Waren von den Städten und Industriebezirken fern und veranlaßt, daß sie fast ausschließlich den Erzeugern und den nahen Verbrauchern zugute kommen. Auch der Versuch, durch abgestufte Höchstpreise dem abzuwehren, wie früher bei Butter und neuerdings beim Wild, ist gescheitert. Die Erzeuger steigern in solchem Falle ihren eigenen Verbrauch und die in der Nähe wohnenden Verbraucher finden Mittel und Wege, um sich trotz der Höchstpreisabstufung den Rest der Ware zu sichern. Auch der Versuch, durch Beschlagnahme beim Erzeuger zu helfen, wie bei Zwetschgen und Wirtschaftäpfeln, hat sich bei der Natur solcher Waren als nicht erfolgreich erwiesen. Jeder Höchstpreis ohne öffentliche Bewirtschaftung hält die Ware vom Bedarfsort fern. Läßt man dagegen, wo die öffentliche Bewirtschaftung unmöglich erscheint, unter Abstandnahme von Höchstpreisen die Entwicklung frei laufen, so wird zwar — der diesjährige Gänsehandel gibt dafür ein deutliches Beispiel — die Ware den großen und verhältnismäßig zahlungsfähigsten Städten zugeführt. Der Andrang der Käufer, die bereit sind, fast jeden Preis zu zahlen, zu solcher Ware wird dann aber so groß, daß die Preisentwicklung ungesund wird und der Minderbemittelte die Ware überhaupt nicht erhalten kann.

Ganz beseitigen werden sich diese Mißstände nicht lassen, eingeschränkt können sie aber werden, wenn die Städte das bei den Schweinemastverträgen schon mit Erfolg eingeführte System der frühzeitig zwischen Bedarfsgemeinde und Erzeugerorganisation abzuschließenden Lieferungsverträge weiter ausbauen und auf Erzeugnisse wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Obst, Geflügel, unter Umständen auch auf Vollmilch und Magermilch ausdehnen. Dadurch kann zugleich die wichtigste Aufgabe besser gelöst werden, die erzeugten Waren richtig zwischen dem Frischverbrauch im Sommer und Herbst und der Konservierung für Winter und Frühjahr zu verteilen. Der Gefahr, daß einzelne besonders leistungsfähige und energiegeliche Bedarfsgemeinden sich zum Nachteil der übrigen abzuwickeln von dem Vorhandenen sichern, kann durch geregelte Beziehungen zwischen den Gemeinden und den Zentralstellen vorgebeugt werden.

Durch solche frühzeitig abgeschlossenen Lieferungsverträge, die den Erzeugern die Abnahme ihrer Erzeugnisse gegen Barzahlung zu angemessenem Preise sichern, kann die Erzeugung der für das nächste Jahr besonders wichtigen Waren wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Beerenobst wesentlich gesteigert werden. Ein Zwang zum Vorgehen in diesem Sinne kann von den Zentralstellen auf die Gemeinden nicht ausgeübt werden. Nur durch freiwillige Tätigkeit der Gemeinden unter weitgehender Heranziehung der sachkundigen Mitarbeit des Handels kann ein voller Erfolg erreicht werden. Um die Vorbereitungen rechtzeitig treffen zu können, muß schnelligst mit der Arbeit begonnen werden. Für das laufende Jahr war es, als das Kriegsernährungsamt Anfang Juni seine Tätigkeit begann, zur Durchführung von Maßnahmen dieser Art schon zu spät. Eine von der beteiligten Organisation selbständig zu schaffende, mit den Reichsstellen Hand in Hand arbeitende Beratungsstelle für die Gemeinden scheint eine der Voraussetzungen für das Gelingen zu sein.

Der Grundgedanke dieses Vorschlages ist: Die organisierte Bedarfsgemeinschaft verbindet sich direkt mit der organisierten Produktion, dazu wird sie von den Zentralfstellen angeleitet und dabei von ihnen kontrolliert. Von Reid wird man erfüllt, wenn man solche Pläne vernimmt. Unsere Stadtgemeinden sind bis auf spärliche Ausnahmen für den Konsum nicht organisiert, sie schwören noch immer auf die automatische Versorgung durch die Händler und betreiben Händler-, Fleischer- und Krämerstreik statt Ernährungspolitik; wenn aber der Städtetag zusammentritt, beschließt er, was die Regierung soll, nicht was die Städte tun werden. Auf der anderen Seite sind die Produzentenorganisationen nicht auf Gemeinwirtschaft, sondern auf Preistreibeerei eingestellt. Die Zentrale aber kommt zu keiner inneren Ordnung, die bürokratischen Reibungen lähmen die Geschäftsführung und legen die Arbeitskräfte des Direktoriums brach.